

„Starke Familien in einem zukunftsfähigen Saarland“

Wahlprogramm der Familien-Partei Deutschlands zur Landtagswahl am 27.03.2022

(zur Verabschiedung im Landesvorstand und auf dem Landesparteitag)

Vorwort

Die Familien-Partei ist die Partei der Generationengerechtigkeit. Als eine der ersten hat sie vor Jahrzehnten das heute vorhandene und immer größer werdende Problem des demographischen Wandels erkannt und Korrekturen zur Ursachenbekämpfung vorgeschlagen. Heute wenden sich die politischen Mitstreiter langsam dem akuten Problem zu und werden die Symptome zu lindern versuchen. An die Ursache, der Kinderlosigkeit der Gesellschaft wagt sich aber immer noch keiner ran. Die Corona-Zeit hat das Thema sogar gänzlich verdrängt.

Zur Generationengerechtigkeit gehört untrennbar auch der Begriff der Nachhaltigkeit – im Hinblick auf Finanzen, aber auch selbstverständlich im Hinblick auf unsere Ressourcen und unsere Umwelt. Während es politischen Mitbewerbern gelang die Wichtigkeit der Themen der ökologischen Nachhaltigkeit in unsere Gesellschaft zu tragen für die wir absolut dankbar sind, braucht es immer notwendiger auch die erforderliche Aufmerksamkeit für die gleichermaßen wichtige, humane Nachhaltigkeit.

Zur Landtagswahl stehen für uns folgende Themenfelder im Fokus:

- Schwierige Lebensbedingungen für Familien mit Kindern
- Bildungspolitik nicht reif für modern Herausforderungen
- kritische demographische Entwicklung und Wegzug von Einwohnern
- marode bzw. wegbrechende Infrastruktur
- Umgang mit dem Schuldenberg
- Anstieg prekärer Arbeitsplatzverhältnisse, verstärkte Armutsrisiken
- Demokratieverdruss der Bürger
- aufgeblähter Regierungsapparat
- Dominanz parteipolitischer Seilschaften im vorpolitischen Raum

Politische Ziele der Familien-Partei

A. Leistungsträger Familie :

Leistungen anerkennen – Belastungen reduzieren

In unserer Gesellschaft ist es ökonomisch vernünftig auf Kinder zu verzichten. Hier gab es in den letzten Jahrzehnten völlig falsche Anreize. Die Familien-Partei setzt hingegen auf die Solidarität zwischen den Generationen sowie zwischen Familien und Kinderlosen. Kinder sichern die Zukunft jeder Gesellschaft, und Kinder sind nicht ohne Eltern zu bekommen und zu erziehen. Die Anreize künftig richtig zu setzen, ist sowohl Angelegenheit des Bundesgesetzgebers als auch politische Aufgabe auf Landesebene.

A1 Familienleistung anerkennen!

- Steuerfreiheit für Aufwendungen der Eltern für ihre Kinder (realistische Steuerfreibeträge bei der Lohn- und Einkommenssteuer, Rückerstattung indirekter Steuern)
- staatliche finanzielle Gleichbehandlung aller Arten der Kinderbetreuung, damit also echte Wahlfreiheit für die Eltern, z. B. durch ein Erziehungsgehalt für Fremd- oder Eigenbetreuung
- Einführung einer Familienkasse in Analogie zur Rentenkasse, jedoch unter Einbindung aller Personengruppen und Einkommensarten
- Wiedereinführung des „Wümelings“ (Zug fahren kostenfrei ab drei Kindern in der Familie)
- Anerkennung der elterlichen Kosten für die Kindererziehung als Beitragsleistung für die Sozialkassen (Generationenvertrag)
- Entlastung der menschlichen Arbeitskraft von Abgaben

Keine noch so ausgeklügelte Kapitaldeckung (Riester/Rürup sieht in der Zwischenzeit sogar die etablierte Politik als gescheitert an) kann die Solidarität und soziale Errungenschaften des Generationenvertrages ersetzen. Der Generationenvertrag ist nach einem Zwei-Generationen-System im Umlageverfahren konzipiert. Wer berufstätig ist, zahlt in die Rentenkasse, damit die jetzigen Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensabend verleben können. Es fehlt die Berücksichtigung der dritten, nachwachsenden Generation. Für eine gemeinsame Altersversorgung müsste auch gemeinsam in Kinder investiert werden. Der gegenwärtige Anteil des Staates an diesen Investitionen beträgt noch nicht einmal 30 Prozent. Die Hauptlast verbleibt bei den Eltern – und die institutionellen Möglichkeiten des Staates stoßen an ihre Grenzen. Eine von allen Erwerbstätigen und von der Wirtschaft getragene Familienkasse als Gegenstück zur gesetzlichen Rentenkasse würde den Leistungsausgleich

bewirken.

Die Familien-Partei fordert im Kern die wirtschaftliche Gleichstellung von Eltern zu Kinderlosen. Eltern sind durch die Gesetzeslage ungerechtfertigter Weise in vielen Bereichen im Nachteil. Die Benachteiligung der Familien ist in einer informativen Glosse dargestellt, die auf der Homepage der Familien-Partei www.familien-partei-saarland.de zugänglich ist.

A2 Erziehungsgehalt

Das Saarland war ein Bundesland, dessen Bevölkerung das Betreuungsgeld überdurchschnittlich angenommen hatte. Die Familien-Partei fordert daher weiterhin, die Familien, die hierauf vertraut hatten nicht im Regen stehen zu lassen. Zumindest die Familien, die das Betreuungsgeld in Ihr Kalkül einbezogen haben, weil es eben deutschlandweite Rechtsnorm war, sollte man mit einer landesweiten Gesetzgebung den Bezug des Betreuungsgeldes ermöglichen. Was wurde aus dem im letzten Wahlkampf von einer der Regierungsparteien versprochenen Landeselterngeld? – Leider nichts!

Grundsätzlich favorisiert die Familien-Partei die Lösung eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehaltes. Das Landeselterngeld wäre als Vorstufe auf einem Weg in die richtige Richtung zu sehen.

Im Kern geht es der Familien-Partei um die Gleichheit und Wahlfreiheit von Lebensentwürfen. Das Erziehungsgehalt wäre ein Beitrag dazu, im Hinblick auf eine Förderung der fehlenden aber insbesondere für unsere Sozialsysteme notwendigen, nachwachsenden Generationen ein richtig sinnvolles Instrument.

Die Stellung in der Gesellschaft

Familien so sehr sie auch in aller Sozialromantik heute teilweise gesehen werden, waren seit jeher Solidargemeinschaften und auf gegenseitigen Ausgleich und Unterstützung und ganz speziell auch zur Altersabsicherung ausgerichtet. Viele Kinder waren nichts anderes als ein hoher Invest in die eigene Zukunft. Kinder machten die Zukunft risikoärmer.

Das Solidarprinzip der Familie wurde im gesellschaftlichen Wandel zur weiteren Risikominimierung auf noch breitere Füße gestellt. Mit Bestrebungen im 18. / 19. Jahrhundert entstand über die Sozialversicherung und dem Umlageverfahren die heutige gesetzliche Rentenversicherung. Ein Generationenvertrag. Beiträge der mittleren Generation sichern die Einkünfte der aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Generation. Die Beiträge werden in Renten umgelegt.

Alle - wie oben dargestellt – Vorsorge betreibende Familien der vorindustriellen Zeit lassen das Modell des Umlageverfahrens funktionieren. Doch wo sind die Grenzen des Modells? Wird das Verhältnis der mittleren Generation zur alten Generation ungünstig, gerät das

Umlageverfahren in Schieflage. Dies erleben wir seit Jahren, bekannt als demographischer Wandel. Der Grund: Über mehr als eine Generation versäumte es die Gesellschaft in Kinder zu investieren, Kinder zu bekommen, auf Erhalt der Gesellschaft ausgerichtet zu sein. Deutschland schrumpft und das Modell funktioniert nicht mehr.

Dem Umlageverfahren zugrunde liegt der sog. Schreiber-Plan. Wilfried Schreiber sah in der Transformation der vorindustriellen Familie zur Familiengemeinschaft in der industrialisierten Welt für die mittlere Generation eine weitere Beitragszahlung vor: eine Kinderrente für Kinder bis zum 20. Lebensjahr.

Auf dieser Idee fußt letztlich das Erziehungsgehalt, eine politische Forderung der Familien-Partei.

Der richtige Vergleichsmaßstab

Wenn man als Partei eine Geldleistung fordert, kommt reflexartig und auf den ersten Blick durchaus zu Recht die Frage nach dem warum? Im Falle des Erziehungsgehaltes als Familienlohn für die Erziehungsleistung wird durchaus auch argumentiert: „das hatten wir früher auch nicht“ oder „wir zogen unsere Kinder auch alleine groß“ etc.

Diese Aussagen sind alle richtig. Dennoch stimmt an dieser Stelle der Vergleichsmaßstab nicht. Man kann nicht auf der Zeitachse vertikal vergleichen sondern horizontal. Das heißt: wie waren die Lebensumstände der Familien früher und wie sind sie heute? Wie sah früher die Teilhabe von Familien am gesellschaftlichen Leben aus und wie ist es heute? Wie war früher der Anteil der Familien am Sozialstaat und wie ist der heute? Hier hat sich etwas zu Lasten der Familien verschoben! Und dies ganz deutlich.

Selbstverständlich sagt man, haben Eltern, wenn Sie Kinder bekommen, Einschnitte hinzunehmen. Was ist daran selbstverständlich? Waren es früher Einschnitte, die dazu geführt haben, dass immer mehr Menschen es vorzogen kinderlos zu bleiben, ist es heute ein ernst zu nehmendes Risiko. Die Entscheidung für Kinder ist das Armutsrisiko Nummer 1. Und das ist selbstverständlich? Die Familien-Partei sagt nein! Dem Armutsrisiko wird seit Jahren mit vielerlei Worten begegnet, objektiv sachlich geändert hat sich an dem Risiko nichts. Prüfen Sie selbst! Daher unsere Forderung nach wirtschaftlicher Gleichstellung der Familien.

Generationengerecht

Wir sprachen oben vom Generationenvertrag, der zwei Generationen umfasst: die mittlere und die alte Generation. Es ist Auffassung der Familien-Partei, dass der Generationenvertrag unzulänglich ist. Diese Meinung haben wir nicht exklusiv, sondern war schon Ursprungsgedanke von Herrn Schreiber in der Transformation der solidarischen Familie hin zu einer Sozialversicherung.

Die Verwerfungen in der Sozialversicherung sind sicher nicht gerecht. Wenn die Beitragsleistungen der mittleren Generation zur Versorgung der alten Generation immer größer werden, ist das nicht gerecht. Wenn die alte Generation Leistungen erhält ohne hierfür selbst „in Form eigener Kinder investiert“ zu haben, ist das nicht gerecht. Weil die mittlere Generation in Zeiten der Kindererziehung auf gesellschaftliche Teilhabe verzichtet, wäre es dann nicht gerecht, dass die alte Generation ohne eigenen „Invest in Erziehungsleistung“ an der Stelle auf gesellschaftliche Teilhabe verzichtet?

Genau hier setzt das Erziehungsgehalt an. Es löst nicht die aktuellen Probleme, es steuert aber generationengerecht, indem die mittlere Generation auch Beitragsleistungen für die nachkommende Generation erbringt – eine Kinderrente, wenn man so will oder eben ein Invest in Kinder.

Die Vorteile

Das Erziehungsgehalt packt die Probleme, Ineffizienzen, Ungerechtigkeiten und staatliche Beteiligung an der Erziehungsleistung an der Wurzel. Diese Lösungsorientierung ausgehend von Ursache und Wirkung ist natürlich kein Selbstzweck. Jede Menge Folgenutzen wird generiert.

Stichwort: Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung

Die Familien-Partei möchte keinen Lebensentwurf vorschreiben, aber die Wahlmöglichkeit lassen. Wir erachten eine familienfreundliche Gesellschaft als viel bessere Grundlage einer sozialeren Gesellschaft.

In die Gedanken der Wahlfreiheit einbetten und mitberücksichtigen sollte man die tatsächlichen Kosten öffentlicher Betreuung bzw. der Betreuung durch z.B. Tagesmütter. Heute sind die Kosten dieser Einrichtungen wenig transparent und versteckt. **Ein Erziehungsgehalt für die, die Unterstützung verdienen und dafür echte Kosten deckende Kitagebühren wären transparenter, der Dienstleistung gerechter und ließe die Chance auch faire Gehälter zu zahlen. Die staatliche Subventionierung würde abgeschafft.**

Stichwort: Kindeswohl

Im Zuge der Wahlfreiheit wendet sich der Blick mehr in Richtung Kind. Zwei Aussagen wagen wir zu behaupten sind grundsätzlich falsch. Sowohl die Aussage: „Kinder entwickeln sich in Krippen schlechter“ als auch die Aussage: „Der Aufbau des Urvertrauens bedarf in den ersten 3 Lebensjahren ausschließlich eine starke Beziehung von betreuendem Elternteil zum Kind.“

Wir sind hier keine ideologisch bornierten Politiker. Die Erfahrung zeigt: es kommt einfach darauf an. Auch Kinder sind Individuen und entwickeln sich unterschiedlich. So betrachtet mag bei dem einen Kind das eine und bei dem anderen Kind das andere richtig sein. Mit dem

Erziehungsgehalt wird der Druck genommen und die Möglichkeit gegeben stärker aus Sicht des Kindes zu entscheiden.

Stichwort: Elternstress

Auch die jüngsten Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung zeigten immer wieder: Eltern sind in der heutigen Gesellschaft so gestresst wie nie zuvor. Eltern sind Manager kleiner Familienbetriebe und für uns auch ganz klar wichtige Leistungsträger der Gesellschaft.

Spätestens ab dem 2. Kind stellen Eltern einfach fest: Kinder machen nicht nur Freude, sondern auch Arbeit. **Die Doppelbelastung von Familie und Beruf ist eine Doppelbelastung, die Kinderlose nicht haben.**

Auch hier schafft das Erziehungsgehalt die Möglichkeit der Abhilfe. Es lässt Spielräume für weniger Stress im Leben.

Multitasking ist ein moderner Begriff, aber ganz oft zeigt das Leben eigentlich geht das gar nicht. Und genau dies mündet im Stress. Also alles ganz natürlich? Wir sagen nein!

Die Lösung hierzu wird aber sein: entweder unterstützen wir die Leistungsträger Familien direkt oder wir müssen noch mehr die Kinder von den Familien verbannen und in eine noch längere, flexiblere und umfassendere Betreuung geben. Letzteres mündet dann aber in einem „Kinder wegorganisieren“. Ob das dem Kindeswohl dient? Oder ob das dem Elternwohl dient? Auch deswegen halten wir das Erziehungsgehalt mit Einstieg eines Landeselterngeldes für eine vernünftige Sache.

Stichwort: Sozialversicherung

Ein letzter Vorteil in der Konzeption. Statt irgendeinen Minijob anzunehmen / annehmen zu müssen, der keinen Absicherungscharakter in der Rentenversicherung bringt, ist das Erziehungsgehalt mit Sozialversicherungspflicht ausgestaltet und damit mit Versicherungspflicht in der Rentenversicherung. In der Wirkung und Behandlung ist es einem normalen Erwerbseinkommen gleichgestellt, was in der Anrechnung auf die Rente nicht nur Anwartschaften, sondern echte Rentenpunkte bringt. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Saarland Familienland, wir merken wenig davon, auch wenn es in großen Lettern in Saarbrücken am Familienministerium prangt.

A3 Gebührenfreie Kitas und mehr Flexibilität

Wir leben in einer Gesellschaft, die die Notwendigkeit des dargestellten Erziehungsgehaltes noch nicht erkannt hat. Daher ein Blick mehr auf das, was jeder kennt.

Kinder sind unsere Zukunft und unsere einzige Ressource. Gebührenfreie Kitas sind nichts mehr und nichts weniger als eine kleine Beteiligung der Gesellschaft an den Investitionskosten in die künftige Generation. Hier hat sich was getan. Das stimmt. Wir sind aber noch nicht am Ziel. **Die vollständige Gebührenfreiheit ist anzustreben!**

In immer mehr beruflichen Herausforderungen der Eltern kommt der Betreuung und dem Wohl des Kindes eine größere Rolle zu. Hier sind die Landesgesetze auf mehr Flexibilität und damit Entlastung/Streßvermeidung für die Eltern bei maximaler Erreichung des Kindeswohls zu überarbeiten.

Kindeswohl und Vermeidung von Elternstreß sind 2 Seiten einer gleichen Medaille. Die strukturellen Regelungen für einen Kitabetrieb müssen auf den Prüfstand und mehr Flexibilität ermöglichen.

A4 Familienkomponente in der Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung berücksichtigt nur marginal, dass diejenigen, die das System tragen, auch eine auskömmliche Rente erhalten.

Die heutigen Rentenauszahlungen werden finanziert von den heute Erwerbstätigen.

Die eigene Rente stärken diese Erwerbstätigen nicht durch Zahlen von Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung sondern durch das Aufziehen von Kindern!

Dem muss ein Konzept gerecht werden, wenn ich die Sozialversicherung nicht perspektivisch aufgeben möchte.

Wir brauchen in der Rentenbemessung daher eine Familienkomponente. **Dies heißt, wer Kinder erzogen hat, muss aus der Rentenversicherung mehr erhalten als derjenige, der keine Kinder erzogen hat.** An dieser Stelle muss sich die jahrzehntelange Erziehungsleistung lohnen! Jahrzehntelange Erziehungsleistung ist finanzieller Invest in diese Gesellschaft und nicht einfach nur Privatsache!

Umgekehrt müssen Kinderlose zu einem zusätzlichen Kapitalaufbau fürs Alter verpflichtet werden. Sie zahlen ein Äquivalent zu den Kosten an Kindererziehung, die sie aufgrund

Kinderlosigkeit eben nicht haben. So sähe für die Familien-Partei eine Familien-gerechte Rentenreform aus.

Kurzfristig müsste nach Auffassung der Partei auch die Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung - wenn nicht ganz abgeschafft, dann aber doch deutlich nach oben angepasst werden. Warum der erste Euro Erwerbseinkommen über der festgelegten Bemessungsgrenze anders behandelt werden soll als die Euro Erwerbseinkommen unterhalb der Bemessungsgrenze erschließt sich nicht.

B Bildungspolitik

Bildung ist der einzige, nachhaltige Rohstoff, den unser Land hat. Bildung ist Ländersache. In den letzten Jahren hat sich daher eine verworrene Bildungslandschaft herausgebildet. Einheitliche, nationale Standards sind notwendig. An vielen Stellen muss das Bildungssystem besser ausgestattet werden. Unsere Forderung ist nicht neu. Alle Eltern wissen, spätestens seit den Zeiten der Covid-19-Pandemie wie notwendig es gewesen wäre.

Bildung ist neben den Kindern selbst die wichtigste Ressource, um für die Zukunft zu rüsten. Die Familien-Partei wird auch das Thema Weiterbildung und lebenslanges Lernen vor dem Hintergrund der Demographie in den Fokus rücken.

Die Familien-Partei möchte erreichen:

- **Digitale Bildungsstandards und –ausstattung notwendig**

Mehr denn je fordert die Familien-Partei an den Schulen die Vermittlung von IT-Fitness und Medienkompetenz. Dazu braucht es einen Lehrplan, ausgebildete Lehrkräfte und eine moderne IT-Infrastruktur an den Schulen. Der Erfolg der Digitalisierung unserer Gesellschaft beginnt hier.

Und um nicht falsch verstanden zu werden: es geht uns nicht um einen Umstieg auf ausschließlich digitales Lernen. Das analoge Leben mit all seiner bewussten Langsamkeit und Wertevermittlung steht für uns nach wie vor im Vordergrund einer ganzheitlichen Schulbildung. Es geht uns um eine Ergänzung.

- effektive Förderstrukturen in den Schulen
- Nutzung der demographischen Entwicklung zur Verkleinerung der Schulklassen
- Ausbau der Nachmittagsbetreuung der Kinder – der Bedarf ist eindeutig da. Die Inhalte der Nachmittagsbetreuung sollten mehr Charakter von Sport, Muse, Freizeit haben.

- **Mehr Dynamik hin zur Gebundenen Ganztagschule als ergänzende Schulform**

Zum gesellschaftlichen Wandel gehört ideologiefrei auch der Ausbau der Gebundenen Ganztagsgrundschulen. Gerade auch wegen des gerade beschriebenen größeren Bedarfs an Nachmittagsbetreuung unserer Kinder. Die gebundene Ganztagschule ist eine Schulform, die den Unterricht über den ganzen Tag verteilt und damit Phasen von Anspannung und Entspannung, Arbeit und Pausen idealer miteinander verbindet.

- Reduzierung der Einkommensgrenzen und der Zugangsbedingungen für ein „Schüler-BaFöG“ vor dem Fach(abitur)
- verstärkte schulische Sozialarbeit
- generationenübergreifende Vernetzungsstrukturen in der Bildung
- nachhaltige Ausbildungsplatzinitiativen
- bezahlbaren Wohnraum für Studierende
- kostenfreie Studienkredite
- Anreize für permanentes Nachqualifizieren in der Arbeitswelt
- ausreichende Möglichkeiten der Wiedereinstiegsqualifizierung von Eltern nach Erziehungszeiten

- **Aufbau eines Weiterbildungsangebotes für Menschen mittleren Alters**

Wer heute 40 Jahre alt ist, kann mit der Kindererziehung durch sein. Wer heute 40 Jahre alt ist, kann mit seinem 1. Beruf aufgrund der Schnelllebigkeit durch sein. Hier bräuchte es eine organisierte Neuausrichtung des Lebenswegs, u.U. nicht für alle, aber vermutlich für zunehmend mehr Menschen. Eine „Schulform 4.0“ für diesen mittleren Lebensabschnitt kann Unterstützung und Neuorientierung für mehr Lebensqualität ermöglichen.

- **Rückkehr zum Abitur nach 9 Jahren - G9**

Das gedrängte G8 überfordert unterm Strich die Schülerinnen und Schüler. Die Familien-Partei fordert die Rückkehr zu G9! Bildung ist neben der nicht mehr geförderten Kohle unser Rohstoff an der Saar. Die allgemeine Hochschulreife sollte mit einem breiten Wissensstand erreicht werden. Die Familien-Partei steht für Nachhaltigkeit auch im Bildungsbereich.

Dies erreicht man nicht mit einem Turbo-Abitur G8 - ob mit oder ohne Lehrplanentrümpelung. Gute Bildung braucht Zeit. Diese Zeit sollten wir uns nehmen. Daher fordern wir auch die landesweite Rückkehr zu G9 – ohne Kompromisse. Es ist der praktikabelste Weg! Gerade auch jetzt immer noch inmitten der Covid-19-Pandemie ist der Umstieg auf G9 eigentlich der ideale Anlass.

Auch musische, soziale, sportliche oder ehrenamtliche Beschäftigung in der

außerschulischen Zeit sind wichtig. Dies ist mit G9 besser vereinbar.

C Wirtschaft: unsere Zukunft, unsere Arbeit unter Beachtung ökologischer Aspekte

C1 Grundsätze

Auch in der Wirtschaft gilt für die Familien-Partei den Blick auf der Familie nicht verlieren. Was den Familien hilft, hilft aber auch vielen anderen Erwerbstätigen. Wirtschaften ist kein Selbstzweck! Es muss den Menschen dienen und nicht der Gewinnmaximierung fröhnen.

Das Erwerbsleben fordert den Erwerbstätigen eine hohe Flexibilität ab. Die Arbeitsstrukturen selbst entwickeln dagegen in Hinblick auf die Erwerbstätigen und insbesondere auf die Belange der Familien wenig organisatorische Flexibilität.

Da wo es möglich ist, sollte zur Optimierung der Work-Life-Balance das Arbeiten zur Hause als Möglichkeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Arbeitgeberpflicht werden.

Für die Zukunft des Saarlandes wird es zudem wichtig sein, Antworten auf die Abnahme der Bevölkerung zu finden.

Für die Familien-Partei beinhaltet Wirtschaften im Saarland zweifelsfrei eine starke Orientierung auf Nachhaltigkeit mit der Leitplanke "Bewahrung der Natur". Anzustreben ist ein energieautarkes Saarland.

Unsere vorhandene Infrastruktur erhalten und die digitale Infrastruktur ausbauen, brauchen eine Infrastrukturoffensive mit einem Horizont von 10 Jahren.

C2 Familie im Wirtschaften

In einem Europa der Wirtschaft wechseln Standorte schneller als Menschen mit ihren Familien nachziehen können und wollen. Wie soll so eine verantwortungsbewusste Familienplanung möglich sein? Hätte in der Vergangenheit die Politik die Wirtschaft hart lenken müssen, zu den „Leut“ zu kommen, hilft hier die Digitalisierung

Die Familien-Partei möchte

- eine Förderung (betrieblicher) Kindertageseinrichtungen in Betrieben, die ihren Betrieb überwiegend nicht digital abbilden können
- **Verpflichtende Homeofficeangebote für Betriebe, die den Geschäftsbetrieb digital abbilden können**
- Ausbau von Tagesmüttermodellen
- verbesserten Kündigungsschutz für Eltern
- branchenbezogenen Mindestlohn in Anlehnung an tarifliche Abkommen

C3 Die Bevölkerung schrumpft - Gegenmaßnahmen

Sowohl die demographische Entwicklung als auch der Wettbewerb um Nachwuchskräfte mit dem Abwandern qualifizierter Fachkräfte sind für das Saarland ein Problem.

Die Familien-Partei fordert:

- eine zielgerichtete Förderung zukunftsfähiger Branchen
- eine weitere Intensivierung des Gedankens „Europa der Regionen“ also die Vernetzung der Wirtschaftsstandorte, speziell in Grenzregionen mit mittelfristiger politischer Kompetenzabgabe an die Region
- Bemühen um Fachkräfte aus dem Ausland

das Saarland ist auf ganz vielen Feldern für ganz viele Branchen ein Testmarkt. Diesen Test sollten wir in eigener Sache mit einem Programm zu einem EU-weiten, attraktiven Einwanderungsprogramm koppeln. Je nach Entwicklung auf Bundesebene wäre auch ein eigenes saarländisches „Einwanderungsgesetz“, das auf die wanderungswilligen Migranten weltweit zielt sinnvoll.

C4 Infrastruktur-Offensive

Die nächsten 10 Jahre müssen im Saarland massiv für Investitionen in Infrastruktur genutzt werden. Die Sperrung der Fechinger Talbrücke ist wahrscheinlich fast schon vergessen. Aber die Infrastruktur im Saarland wankt. Hier reden wir von der klassisch-baulichen Infrastruktur von Kanälen über Brücken bis Straßen.

Die Zukunft wird aber digital. Um hier Standards zu erhalten oder gar in eine Pilotrolle zu kommen, müssen eher gestern als morgen mehr Anstrengungen her.

C5 Bergbau - Pumpen laufen lassen

Lange Zeit lebte das Saarland vom Bergbau, der Abbau wurde wie in jedem Industriezweig im Verlauf immer mehr unter Kostendruck betrieben zu Lasten eines nachhaltigen Bergbaus. Aus Nachhaltigkeitsgründen im Hinblick auch auf die künftigen Generationen ist es unverantwortlich das Abpumpen von Grubenwasser künftig zu unterlassen. Nicht mal 2 Jahrzehnte nach Ende des Bergbaus an der Saar war der Druck der als Ewigkeitskosten titulierten Kosten bereits zu viel. Der Verwaltungsbeschluss zum Ansteigenlassen des Grundwasserspiegels ist unverantwortlich und beschämend. Begehrlichkeiten für weiteres Ansteigenlassen werden folgen. Diesen muss man widerstehen und gesetzliche Riegel

vorschieben.

C6 Landesweite Regionalwährung

Ein weiterer problematischer Aspekt ist in unserer Gesellschaft das Kreisen des Geldes. Es nützt unserer Gesellschaft nicht, wenn Einkünfte eine Polarisierung in Vermögende und Arme erzeugen. Es nützt unserer Gesellschaft nicht, wenn geschaffenes Kapitalvermögen auf den Konten liegt und vor allem global „arbeitet“. Über bekannte regionale Modelle, Geld im Umlauf zu halten, muss mehr als nachgedacht werden.

Die Einführung einer echten, landesweiten Regionalwährung kann den heimischen Mittelstand und das Handwerk massiv fördern. Ziel muss es sein, die Umlaufgeschwindigkeit der Regionalwährung über die des Euros zu erhöhen, um hier vor Ort Beschäftigungseffekte zu erzielen.

Unterstützung findet das Thema inzwischen in den vielen Kryptowährungen. Hier gäbe es Entwicklungsmöglichkeiten.

C7 Förderprogramm Altbausubstanz/Altbauinwertsetzung

Es nützt nichts. Schauen wir uns um: im Saarland erleben wir viel Altbausubstanz. Es braucht ein dauerhaftes Förderprogramm, diese Altbausubstanz zu revitalisieren. Zwei Bedürfnisse treffen zudem aufeinander, die es in diesem Zusammenhang in Einklang zu bringen gilt: ältere Menschen wohnen öfters allein oder suchen nach Wegen das zu groß gewordene Eigenheim zu erhalten – junge Menschen und Familien suchen günstigen Wohnraum. Diese beiden Gruppen kann man auch sinnvoller zusammenbringen als durch reinen Kauf/Verkauf der Immobilie. Wohnen gegen Hilfe, Eigentumsübergang zeitlich gestreckt, etc. wären hier Modelle. Ebenso müssen die von Brandschutzlobby getriebenen Sicherheitsstandards auf den Prüfstand. Es kann nicht sein, dass Bauvorschriften zu Bauverhinderungsvorschriften werden, weil keiner mehr investieren kann.

C8 Tourismus – die Perspektive

Der Ausbau des Tourismus ist für das Saarland eine bislang unterschätzte Entwicklungschance. Hierzu muss intensiv am Bewusstsein gearbeitet werden, die Chancen zu begreifen und zu nutzen. Selbst – Bewusstsein ist landesweit zu entwickeln.

Entsprechende Wirtschaftsförderung und weiterer Aufbau und Verbesserung der Tourismus –

Infrastruktur müssen diesen Weg begleiten.

Touristisch erlebbar werden soll unsere Natur. Tourismus betonen wir an der Stelle als im Einklang mit der Natur!

C9 Energie(wende) forcieren – energieautarkes Saarland anstreben

Die Familien-Partei stand zur Energiewende und auch das Jahr 2021 hat einmal mehr gezeigt: es bräuchte viel mehr Drive. Dies hätte die Chance auch die wirtschaftliche und damit politische Abhängigkeit von dritten Energielieferländern zumindest zu verringern.

Unsere Ansätze sind:

- Erhöhung der Energieeffizienz: mit weniger Energie auskommen, Verbräuche an jedem Verbraucher transparent machen. Wissen Sie, was Ihr Kühlschrank gerade verbraucht?
- Energiemix im Inland erzeugen – energieautarkes Saarland anstreben
- Finanzierungsmodelle für Bürgerbeteiligungen im lokalen Energiesektor
- Stärkung der Gemeinde- und Stadtwerke als lokale Arbeitgeber

Die Energieversorgung Deutschlands hängt derzeit in hohem Maße von Zulieferern in Ost und Fernost ab – mit allen politischen Rücksichtnahmen oder Interventionen. Die dortigen politischen Verhältnisse können für Deutschland schnell zum Problem werden.

Die Familien-Partei will auch lokal neue Abhängigkeiten vermeiden. Nicht in die Hände der großen Versorger soll die Energieerzeugung gelegt werden, sondern in die Hände der Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Energie in Bürgerhand ist an dieser Stelle der Leitgedanke der Familien- Partei.

C10 Mobilität komplett neu denken

Eine reine Forderung nach Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist richtig, wird meist aber falsch verstanden. Neue Technologien, die Digitalisierung, neue Antriebe zusammen geführt unter Logistikfragen neu bedacht und die vielen stehenden Fahrzeuge dazu genommen, lassen die kollektive Frage aufkommen, wieviel Automobile bräuchte das Kollektiv der Saarländer eigentlich, um alle wunschgemäß fortzubewegen?

An diesen Gedanken setzt für die Familien-Partei die Mobilität an. Kosmetische Korrekturen am derzeitigen System lehnen wir daher ab.

Mobilität ist wirklich neu zu denken. Im Randthema der Antriebsarten ist die Familien-Partei

technologieoffen und favorisiert keine Antriebsart.

Die Familien-Partei tritt ein für

- einen familienfreundlichen und damit auch senioren- und behindertenfreundlichen öffentlichen Personennahverkehr
- Optimierung der Mobilität
- kostenlose Nutzung des ÖPNV bei freiwilliger Führerscheinabgabe (ab 75 Jahren)
- Einrichtung und Förderung von Mitfahrzentralen und Car-Sharing- Modellen
- GPS-gestütztes Fahrradleihsystem in Ballungsräumen
- abschließbare Fahrrad-Mietboxen an allen Bahnhöfen
- Ausbau und Ausweisung weiterer Park- und Mitfahr-Plätze

D Blick auf die Finanzen

D1 Umgang mit den Landesschulden und Finanzierung der Infrastrukturoffensive

Langfristig und vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit ist dem Problem „Verschuldung“ nur Herr zu werden, wenn ein Lastenausgleich herbeigeführt wird. In diesem Sinne tritt die Familien- Partei dafür ein, die Landesschulden einmalig in ein Sondervermögen zu überführen, das im Rahmen eines Lastenausgleiches über einen zu definierenden, längeren Zeitraum über eine Vermögensabgabe getilgt wird. Schulden kumulierende gesetzliche Regelungen sind unverzüglich abzuschaffen.

Schritte im Einzelnen:

- Übertragung aller Schulden des Landeshaushalts in ein Sondervermögen
- In dieses Sondervermögen gehören auch die Mittel, die in den nächsten 10 Jahren zum Infrastrukturerhalt benötigt werden

Diesen Aspekt möchte die Familien-Partei betonen. Die Sperrung der Fechinger Talbrücke ist wahrscheinlich fast schon vergessen. Aber die Infrastruktur im Saarland wankt. Hier reden wir von der klassisch-baulichen Infrastruktur.

Die Zukunft wird aber digital. Um hier Standards zu erhalten oder gar in eine Pilotrolle zu kommen, müssen mehr Anstrengungen her.

All dies wird nur über ein Sondervermögen und einen Lastenausgleich über Jahre möglich sein. Das wäre Fairness zwischen den Generationen.

- Gesetzliches, temporäres Verbot der Neuverschuldung als Grundsatz
- Gesetzliches Gebot der laufenden Wiedererwirtschaftung von Werteverzehr an Infrastruktur und sonstigen Lebensgrundlagen (finanzielle Rückstellungen bilden)
- strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, bezahlt)

Nach Umschichtung der Schulden sind öffentliche Haushalte künftig ausgeglichen und vorerst ohne Neuverschuldung aufzustellen. Die Vorgehensweise der Familien-Partei ist hierbei, zuerst im demokratischen Prozess die staatlichen Aufgaben und dann auch die Ausgaben festzulegen, um anschließend einen durch Einnahmen gedeckten Haushalt aufzustellen. Eine Kreditaufnahme kann im Einzelfall Sinn machen, wenn im Zuge einer Investition Rückflüsse über längere Zeiträume - eindeutig zugeordnet - ausgewiesen werden und die Verwendung der Rückflüsse zur Tilgung ebenso klar (z.B. über Treuhandkonten) festgelegt wird.

Wieso kann nur der Lastenausgleich die Richtung weisen?

a) Die Vermögen der privaten Hand übersteigen die Schulden der öffentlichen Hand um ein Vielfaches. Diese Vermögen konnten so nur entstehen, weil staatliche Aufgaben nicht nach den Grundsätzen der Belastbarkeit sondern über Kredite finanziert wurden. Die Familien-Partei hatte die Schuldenproblematik bereits sehr früh politisch aufgegriffen.

b) Grundsätzlich gibt es zum Schuldenabbau zwei klassische Handlungsalternativen: Steuern erhöhen oder Sparen. Ersteres geht zu Lasten des Konsums, des Wirtschaftswachstums, der Arbeitsplätze, womit das Ziel höherer Steuern nicht erreicht wird. Bleibt die Frage, wer steuerlich noch höher belastbar wäre? Sparen, um die Schulden zu tilgen, hat das Problem, dass es bislang nicht einmal gelang eine Neuverschuldung zu vermeiden, die in Kauf genommen wurde um die Zinsen für Altschulden zahlen zu können. Die Familien-Partei verfolgt einen unbequemen, aber zukunftsfähigen Ausweg, ansonsten droht mittelfristig die Verschuldensfalle.

D2 **Eine an der Beschäftigung orientierte Steuerreform**

Moderne Unternehmen planen heute in erster Linie den Gewinn. Er ist die Größe, die kontinuierlich wächst bzw. wachsen soll – häufig unabhängig von anderen wirtschaftlichen und vor allem sozialen Parametern. Mitarbeiter und ihre Bezahlung werden zum anonymisierten Stellglied der Gewinnmaximierung.

Die Rede ist zwischenzeitlich von der Industrie 4.0 mit allen Einschnitten, die dies für die Zukunft der Gesellschaft bedeutet. Millionen von Arbeitsplätzen in der Dienstleistungsbranche und Verwaltung sind von Rationalisierung und Automatisierung bedroht.

Die Stellgröße für eine am Menschen orientierte Veränderung kann nur in einem Anreizsystem für betriebswirtschaftlich handelnde Unternehmen liegen. Der betriebswirtschaftliche Anreiz, Arbeitnehmer zu behalten oder einzustellen muss entwickelt

werden. Wenn Wirtschaften um knappe Ressourcen ringt und die größte (weil beinahe alleinige) Stellschraube in bereits mehrfach optimierten Unternehmen der Produktionsfaktor Mensch ist, dann läuft etwas schief. Das angesprochene Anreizsystem bedeutet einen Eingriff in das Steuersystem. Die zu erhebenden Steuern dürfen nicht mehr technokratisch am Gewinn hängen, sondern müssen die Umstände der Gewinnentstehung berücksichtigen. Nur so entsteht eine Lenkungswirkung.

D3 Wiedereinführung des Soli – für abgehängte Regionen

Eine zielgerichtete Förderung vernachlässigter Regionen würde auch dem Saarland helfen. Ein nationaler Soli mit neuem Inhalt wäre für uns die Lösung. Eine Forderung, die wir gen Bundesregierung und Bundesrat richten würden und den Schulterchluss mit anderen vernachlässigten Regionen suchen würden.

E Demokratie und Verwaltung

Das demokratische System ist zu einer Spielstätte von Parteiopportunisten verkommen, gerade auch im kleinen Saarland. Unsere Demokratie braucht dringend eine Auffrischung, eine Erneuerung. Die Familien-Partei will hier Zeichen setzen.

E1 Verschlankung der Regierung und des Parlaments

Das leidige Koalitions-geschacher der etablierten Parteien nach Wahlen verbunden mit einer Vielzahl von Umsetzungen und Neueinstellungen von Parteigünstlingen hat zu einem aufgeblähten Regierungsapparat geführt, in dem zudem viele Möglichkeiten der Selbstbedienung an öffentlichen Geldern offen stehen. Die Familien-Partei fordert klare Konsequenzen bei juristischem bzw. moralischem Fehlverhalten im Amt mit entsprechenden Compliance-Regeln.

- Kopplung der Einkommen und der Altersversorgung der Abgeordneten und Minister an die allgemeine Einkommens- und Rentenentwicklung
- Reduzierung der Ministerien
- Stellenabbau bei der Bundesregierung um mindestens 10 Prozent
- kontinuierlicher Rückbau der Zuschüsse an die Bundestagsfraktionen (verdeckte Parteienförderung)
- Abbau des Berufspolitikertums durch Begrenzung der Mandatszeiten auf maximal zwei Legislaturperioden in Folge
- Verbot der Einflussnahme durch Parteien auf Stellenbesetzungen in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und dergleichen.

E2 Reform des Wahl- und Abstimmungssystems

Heute entscheiden die etablierten Parteien vielschichtig auch über die Besetzung von Schlüsselpositionen außerhalb der Parlamente. Nach Bestreben der Familien-Partei muss die persönliche fachliche Qualifikation und nicht das Parteibuch ausschlaggebend werden. Für die Familien-Partei ist ein Rückzug der Parteien auf ihre originären Aufgaben wesentlicher Bestandteil der Gewaltenteilung, wie sie das Grundgesetz verkündet.

Die Grundprinzipien der Demokratie werden im Parlament oft unzureichend umgesetzt. Die Familien-Partei fordert das Parlament auf, je nach Thematik verstärkt auf das Mittel geheimer Abstimmungen zurückzugreifen, damit jeder Abgeordnete auch faktisch nur seinem Gewissen verpflichtet ist. Ein Fraktionszwang ist in aller Regel abzulehnen.

Bausteine auf dem Weg zu einer besseren Demokratie sind für die Familien-Partei:

- Aufhebung der bestehenden 5%-Hürde
- Einführung einer umgekehrten 5%-Hürde, d.h. mind. 95 % der abgegebenen Wählerstimmen müssen in der Sitzverteilung Berücksichtigung finden.
- **Wahlrecht ab Geburt** (Stimmabgabe bis 16 Jahren als höchstpersönliche Stimmabgabe durch die Eltern)

Wahlrecht ab Geburt

Die Familien-Partei fordert ein höchstpersönliches Wahlrecht ab Geburt. Wir stützen uns auf die Wahlgrundsätze der Allgemeinheit und der Unmittelbarkeit. In Wahlentscheidungen werden gesellschaftliche Prozesse für alle entschieden, ob jung – ob alt. Daher sollte auch jede Stimme der Gesellschaft zählen. Mehr zum Wahlrecht ab Geburt auf unserer Internetseite www.familien-partei-saarland.de

E3 Gesetze reduzieren

Immer neue Gesetze sind nicht die Lösung! Nicht nur, weil Dummheit nicht vor Strafe schützt, sondern weil Entrümpelung das Zusammenleben einfacher und gerechter macht, will die Familien-Partei die Landesgesetze und Verordnungen entrümpeln. Der Sinn von Gesetzen ist das Zusammenleben zu regeln und eigentlich leichter zu machen. Ein immer größerer Wust an Regelungen und Verordnungen läuft diesem Ziel entgegen. Auch ein Gerechtigkeitsnutzen ist damit sicher nicht verbunden. Als Zielmarke sollten 1/3 der Regelungen innerhalb der nächsten 5 Jahre reduziert werden.

F Deutschland und Europa - ja zu Europa

Eine globalisierte Welt braucht ein Europa, das mit einer Stimme spricht, zugleich aber von europäisch denkenden und wettstreitenden Regionen getragen wird.

Regionen (z.B. Saar-Lor-Lux-Raum) und eben langfristig nicht die Nationalstaaten sollten die Triebfedern Europas sein. Der Zusammenhalt Europas wird davon abhängen, wie sehr sich seine Bürgerinnen und Bürger mit diesen Regionen identifizieren. Je mehr grenzüberschreitend Regionen in den Dialog kommen, umso besser für Europa.

Geködert mit der Reisefreiheit und europaweiten, erleichterten Konsummöglichkeiten hat sich bislang eher eine Wirtschaftsunion herausgebildet. Das Bestreben der Familien-Partei ist es Europa hin zu einer Sozialunion zu entwickeln – eine Sozialunion, die eine ausgewogene europäische Gesellschafts- und Altersstruktur im Blick hat.

Wenn wir zu diesen Vorstellungen grundsätzlich ja sagen, so ist es letztlich nur konsequent dem Haus Europa eine andere Struktur zu geben – eine Reform des europäischen Apparates ist mehr als dringlich. Über klare Aufgabenzuschnitte zwischen Nationalstaaten und Gemeinschaft ist zu diskutieren.

Die Familien-Partei Deutschlands bemängelt die vergleichsweise geringe parlamentarische Kontrolle der EU-Kommission. Hier trifft eine mächtige wirtschaftliche Exekutive Entscheidungen und setzt staatenübergreifende Normen ohne eine direkte Legitimierung durch das EU-Parlament bzw. den Bürger zu haben.

Um den Transfer zur Sozialunion einleiten zu können, fordert die Familien- Partei:

- a. die wirtschaftliche Gleichstellung der Familien mit Kinderlosen. Der Strukturfehler in Deutschland durch das Fehlen einer Familienkasse sollte sich in Europa nicht wiederholen.
- b. die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (d.h.: jeder entscheidet nach seiner Zuständigkeit und Brüssel entscheidet nur, wenn es wirklich für alle besser ist)
- c. die Einhaltung des Konnexitätsprinzips (d.h.: „wer bestellt, der bezahlt auch“) also eine verfassungsrechtliche und finanzwissenschaftliche Regel, nach der die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe (Finanzierungshoheit) von demjenigen Aufgabenträger zu tragen sind, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet
- d. die Neuverteilungen der Kompetenzen (d.h.: was die Hauptstädte besser entscheiden können, muss Brüssel nicht entscheiden. Was besser jenseits nationaler Grenzen zu entscheiden ist, gehört aus den nationalstaatlichen Händen nach Brüssel verlagert.
- e. Reform der europäischen Gewalten Legislative, Exekutive, Judikative.

G Demographie – die Herausforderung annehmen

Auf die Probleme der Demographie weist die Familien-Partei seit den 80er Jahren hin. Interessiert hat es nur Wenige. Heute erkennen die politischen Parteien, dass das Problem ein Handeln erfordert. Zwei Dinge gehören aber zum Handeln: a) ein Handeln der Symptome = Feststellen und Bekämpfen akuter Probleme und b) die Ursachenbekämpfung.

Die Familien-Partei wird zum Punkt a) folgende Kernfragen in ihr politisches Handeln einbringen:

- Wie gelingt es dem Bund die hier lebenden Jugendlichen und ihre Familien dauerhaft ans Land zu binden?
- Wie entwickeln Politik und Wirtschaft eine gemeinwohlorientierte Sichtweise von Familienfreundlichkeit zum wirkungsvollen Standortfaktor?
- Welche Eckpunkte einer die Geburtenrate steigernden Familien-Politik können wir von Nachbarländern lernen?
- Welche Beiträge können bzw. sollten bürgerschaftliche Netzwerke in einer sich wandelnden Gesellschaft leisten?
- Welche Demographie-Strategie verfolgt der Bund überhaupt?

Die Familien-Partei fordert eine von der öffentlichen Hand gestützte Strategie, wie mit Immobilien, die aufgrund mangelnder Nachfrage oder wegen nicht mehr rentabler bzw. leistbarer Instandhaltung an Wert verlieren oder aufgegeben werden, umgegangen werden soll. Dabei stellt sich auch das Problem, dass so manche langfristig geplante Kapitaldeckung für das Alter über Mieteinnahmen nicht mehr umzusetzen sein wird. Es gilt zusammen mit den Kommunen einen Demographie-Check zu entwickeln

Einige Anliegen der Familien-Partei

- Versorgungswege mit Gütern des täglichen Bedarfs stützen
- Bringservice-Angebote in Kooperation mit Versorgern ausbauen
- Maßnahmen zur Förderung der sozialen Kontakte älterer oder nicht-mobiler Menschen
- neue dezentrale Einrichtungen der sozialen Integration, etwa Generationenhäuser zur gegenseitigen Begegnung und Hilfe
- Intelligenter Mix aus Spezialisierung und allgemeinmedizinischem Angebot im Krankenhauswesen und in der ambulanten Ärzteversorgung
- Ausarbeitung besonderer Konzepte für den ländlichen Raum

Die Familien-Partei legt Wert darauf, dass der wachsende Betreuungs- und Pflegebedarf in der alternden Bevölkerung menschenwürdig geleistet wird - die wohl größte Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Grad und Qualität der Versorgung Älterer werden sich daran orientieren, welche Ressourcen diese Generation der nachfolgenden Generation belassen hat und wie viele junge Menschen in die Gesellschaft eingebracht wurden.

Verbesserungen in der Pflege

Eine Aufwertung der häuslichen Pflege tut aus genannten Gründen Not: aufwendige Bürokratie, hohe Infrastrukturkosten und vor allem Profitgier zeichnen derzeit die institutionelle Pflegebetreuung aus. Daher sind die Anreize hin zur häuslichen Pflege zu setzen. Die Familien-Partei überträgt ihre Idee des Erziehungsgehaltes auf ein Pflegegehalt zur Stärkung der häuslichen Pflege.

In den Betreuungseinrichtungen sind gesetzlich zu überarbeiten: die gesamte Ausbildungsthematik, die Definition von Pflegepersonal pro Pflegeplatz, sowie eine klare Definition der Tätigkeitsfelder des Pflegeberufes hin zur Arbeit am Menschen und weg von der Verwaltungsarbeit eines Controllers.

Längerfristig ist aber die Ursachenbekämpfung Punkt b) von großer Wichtigkeit - eine Kernkompetenz der Familien-Partei. Hier und da rütteln politische Mitbewerber am (Zwei-) Generationenvertrag. Dabei ist doch vollkommen klar: keine noch so ausgeklügelte Kapitaldeckung kann die Menschen so absichern wie die Solidarität zwischen den Generationen.

Die Familien-Partei hält am Generationenvertrag fest. Sie hält den Generationenvertrag für eine der sozialsten Errungenschaften unseres Landes. Mehr noch: den Zwei-Generationenvertrag gilt es zu einem Drei- Generationen-Vertrag zu entwickeln. Was bereits Adenauer aus wahltaktischen Gründen und wider besseres Wissen von der Tagesordnung fegte, wäre aber bitter notwendig: Die Einführung einer Familien-Kasse.

Notwendig ist dies, weil ein Riesenanteil der Bevölkerung mit dem Generationenvertrag nichts mehr anzufangen weiß. Die Menschen zahlen in die Gesetzliche Rentenversicherung ein in dem Irrglauben deswegen später eine Rente zu bekommen. Völlig ignoriert, wird der Auftrag auch was für die eigene Altersvorsorge zu tun, nämlich in Kinder zu investieren.

Die Menschen bekommen die Kinder scheinbar doch nicht immer!

In den letzten vier Jahrzehnten wurden freilich auch völlig falsche Anreize gesetzt. Wer sich heute ökonomisch sinnvoll verhalten will, der wäre doch bescheuert, wenn er in eine Familie mit Kindern investieren würde – aber genau diese Investition braucht die deutsche Gesellschaft.

Die Familien-Partei strebt die echte Wahlfreiheit für die Eltern in der Kinderbetreuung an. Wir geben keiner Form der Kinderbetreuung Vorrang. Nur einseitig die institutionelle Betreuung zu propagieren, hält die Familien-Partei für falsch. Ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt kann hier helfen. Wer möchte, kann davon dann Kosten deckende Betreuungsangebote in allen Altersstufen der Kinder wahrnehmen – nur die Bedarfsdeckung muss endlich erreicht werden.

Um neue Anreize zu setzen, strebt die Familien-Partei an, die Aufwendungen für Kinder völlig steuerfrei zu stellen. Im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer realistische Steuerfreibeträge für Kinder, sowie im Bereich der indirekten Steuern eine Rückerstattung.

Schlusswort

Die Familien-Partei Deutschlands tritt zur Landtagswahl 2022 im Saarland als Alternative zu den etablierten Parteien an. Das vorliegende Wahlprogramm konkretisiert die Grundausrichtung des Parteiprogramms.

Mit ihrem Wahlantritt zwingt die Familien-Partei die politischen Mitbewerber auch mittelfristig, sich mit einer familiengerechten Programmatik zu befassen und diese dann mit umzusetzen.

Nicht-Wählen ist keine Lösung. Die Familien-Partei bietet sich auch für Protestwähler dann aber als konstruktive Alternative an. Jede Stimme für die Familien-Partei entzieht den etablierten Parteien auch ein Stück der finanziellen Basis, indem die Familien-Partei stärker an der Wahlkampfkostenerstattung teilhat.

An die Wahlverweigerer richtet die Familien-Partei folgenden Appell: „Wer nicht oder ungültig wählt, stärkt indirekt die, die er nicht wählen wollte.“